

28.04.2015

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der Piraten: „Nach dem schlimmsten Flüchtlingsunglück im Mittelmeer: Die Europäische Union muss Abschottungspolitik mit „Triton“ durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge ersetzen“ (Drs.16/8449)

Kein „Weiter so“ bei der Flüchtlingspolitik - Jetzt Konsequenzen aus den Flüchtlingstragödien im Mittelmeer ziehen

I. Sachverhalt

Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen, Armut, Hungersnöte, Kriege und Konflikte zwingen immer mehr Menschen außerhalb ihrer Heimat Schutz zu suchen. Über 50 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. So viele wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Tendenz ist aufgrund aktueller Konflikte sogar steigend. Jedes Jahr wagen sich Zehntausende Menschen in der Hoffnung auf ein besseres und sichereres Leben auf die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer nach Europa. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks waren das allein 219.000 Flüchtlinge im letzten Jahr. Davon starben rund 3.600 Menschen auf der Flucht über das Meer. Dabei handelt es sich bei den aktuellen Tragödien nicht um Einzelfälle, sondern reihen sich diese ein in eine bereits jahrzehntelang andauernde Situation. Nach Schätzungen internationaler Organisationen ertranken in den vergangenen 15 Jahren allein im Mittelmeer mindestens 20.000 Menschen. Die Dunkelziffer dürfte bedeutend höher sein.

Seit Beginn dieses Jahres sind mehr als 1.800 Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeer ums Leben gekommen. Bei der bisher schwersten Katastrophe in der Nacht vom 18. April 2015 sind über 800 Schutzsuchende 130 Kilometer vor der libyschen Küste ums Leben gekommen. Es ist die schwerste Flüchtlingstragödie seit dem Bootsunglück vor Lampedusa im Herbst 2013, bei der 366 Menschen ihr Leben verloren.

Bereits in der Vorwoche waren hunderte Flüchtlinge auf der Route von Libyen nach Italien ums Leben gekommen. Weitere Boote sind im Laufe der Woche in Seenot geraten. Eines

Datum des Originals: 28.04.2015/Ausgegeben: 29.04.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

sank vor der griechischen Insel Rhodos. Einige Flüchtlinge konnten an anderer Stelle aus der Seenot vor dem sicheren Tod gerettet werden. Häufig organisieren Schlepperbanden die Überfahrt von Afrika nach Europa über das Mittelmeer. Sie bringen die Flüchtlinge auf zu kleine und meistens nicht mehr seetüchtige Schiffe und nehmen Schiffsunglücke so billigend in Kauf. Es ist davon auszugehen, dass dieses menschenunwürdige Geschäft mit Flüchtlingen mehrere Milliarden Euro im Jahr umfasst.

Die italienische Regierung hatte als Reaktion auf das Unglück vor Lampedusa im Herbst 2013 das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ ins Leben gerufen. Dies war nicht zuletzt eine Antwort auf das Ausbleiben einer effektiven europäisch getragenen Rettungsmission. „Mare Nostrum“ konnte alleine im vorherigen Jahr über 100.000 Menschenleben retten. Das Programm wurde allerdings Ende 2014 eingestellt, nachdem die übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht bereit waren, die Finanzierung mit zu übernehmen.

Die an ihre Stelle getretene und durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex organisierte Mission „Triton“ ist im Gegensatz zum italienischen Seenotrettungsprogramm mit einem deutlich geringeren Budget ausgestattet, hat einen viel geringeren Handlungsradius und zielt zudem nicht primär darauf ab, schiffbrüchig gegangene Flüchtlinge zu retten, sondern vielmehr die europäischen Grenzen (vor illegaler Einreise) zu schützen.

Die dramatischen Ereignisse der letzten Tage zeigen: Europa muss dem Massensterben im Mittelmeer ein Ende setzen. Es führt dem Landtag NRW erneut vor Augen, dass dringender und konsequenter Handlungsbedarf auf europäischer und internationaler Ebene besteht, um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden und Menschenleben zu schützen.

Dabei ist festzuhalten, dass Europa seiner Verpflichtung zur Seenotrettung und Flüchtlingsaufnahme derzeit nicht ausreichend nachkommt. Das erneute Flüchtlingsdrama muss die europäische Politik endlich wachrütteln.

II. Der Landtag stellt fest:

Die Flüchtlingstragödien auf dem Mittelmeer sind eine Angelegenheit der gesamten Europäischen Union. Die EU muss ihrer Verantwortung gerecht werden und sich für die Rettung von Menschenleben einsetzen. Wir brauchen dringend eine zivile europäische Seenotrettung. Bei dem EU-Sondergipfel vom 23. April 2015 ist bei wesentlichen Punkten keine Einigung erzielt worden. Die Chance ist vertan worden, den dringend erforderlichen Richtungswechsel einzuleiten. Die Bereitstellung weiterer finanzieller Ressourcen kann nur ein erster Schritt sein, um einen verbesserten Schutz der Flüchtlinge im Mittelmeer zu erzielen. Sie reichen aber angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer nicht aus. Daher müssen hier zeitnah weitere und konsequentere Schritte folgen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen bittet die Landesregierung, sich auf allen Ebenen für nachfolgende Punkte in der weiteren Debatte einzusetzen:

1. Der Landtag NRW fordert, dass die Europäische Union unverzüglich ein finanziell und operationell angemessenes ziviles Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge im Mittelmeer auflegt, das mindestens auf dem Niveau des ehemaligen Programms „Mare Nostrum“ steht. Die Reichweite und der Umfang der hierzu auf dem EU-Sondergipfel beschlossenen Maßnahmen sind nicht ausreichend.

2. Der Landtag NRW fordert, dass Flüchtlinge Möglichkeiten zur legalen Einreise in die Europäische Union erhalten, über Aufnahmeprogramme, der Erteilung von humanitären Visa und Familienzusammenführungen.
3. Der Landtag NRW fordert die Reformierung der Dublin-III-Verordnung. Schnellstmöglich muss innerhalb der Europäischen Union eine solidarische Lösung mit verbindlichen Regeln gefunden werden. Erforderlich ist innerhalb der Europäischen Union eine einheitliche Regelung zum Verfahren für die Asylantragstellung in Häfen und Flughäfen sowie an Grenzorten. Es bedarf einer Aufteilung der Verantwortung unter den EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme der Flüchtlinge. Neben einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedsstaaten durch z.B. eine europäische Quotenregelung, gehören dazu auch die Umsetzung vertraglicher Festlegungen von menschenwürdigen Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren.
4. Der Landtag NRW fordert, dass durch die Europäische Union wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Schlepperbanden ergriffen werden. Hierbei ist insbesondere eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Transitländern anzustreben. Eine Zusammenarbeit mit diesen Staaten bzw. der Afrikanischen Union muss partnerschaftlich auf Augenhöhe stattfinden.
5. Der Landtag NRW fordert, dass die Europäische Union ihr Engagement verstärkt, um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Hierzu ist verstärkte Hilfe in den Herkunftsländern von Nöten. Nur mit stabilen Verhältnissen vor Ort ist die Flüchtlingssituation zu verbessern.

Norbert Römer
Marc Herter
Rainer Schmeltzer
Britta Altenkamp
Hans-Willi Körfges
Markus Töns
Thomas Stotko
Ibrahim Yetim

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Stefan Engstfeld
Verena Schäffer
Monika Düker

und Fraktion